



Aufwachen, Politik geht uns alle an: An den Hanauer Schulen wird viel Wert darauf gelegt, dass die Jugendlichen frühzeitig mit den Grundwerten der Demokratie vertraut gemacht werden. Archivfoto: dpa

Politik begreifbar machen

An den Hanauer Gymnasien wird viel für das Demokratieverständnis getan

Hanau (jri/df). Die Aufgaben von Schulen sind vielfältig: Lehrer sollen Kinder zum Lernen animieren, ihnen Wissen vermitteln, die Kinder erziehen und sie darüber hinaus noch optimal auf ihre berufliche Zukunft vorbereiten. Im Hessischen Schulgesetz fordert das Land von den Schulen aber noch einiges mehr: Sie sollen einen besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen, nämlich die Schüler dazu zu befähigen, staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen.

Die Schüler sollen durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beitragen“, heißt es. Lehrer stehen also vor der Aufgabe, jungen Menschen die Bedeutung und Auswirkungen von Politik näher zu bringen und sie gleichzeitig für Demokratie zu begeistern. In Zeiten der vorherrschenden Politikverdrossenheit scheint dies keine leichte Aufgabe zu sein. Befragt man Schulen in Hanau jedoch nach der politischen Motivation der Schüler, so erhält man doch recht positive Antworten. Karina Reul, Lehrerin am Gymnasium der Otto-Hahn-Schule berichtet, dass man die Frage nach der Politikverdrossenheit der Jugendlichen nicht pauschal beantworten könne. „Wir erleben im Unterrichtsalltag viele am politischen Geschehen interessierte Schüler, die sich auch gerne begeis-

tern lassen. Auf der anderen Seite stehen Jugendliche, die sich nicht für Politik interessieren, weil sie schlichtweg die Abläufe nicht kennen und verstehen und sich von 'denen da oben' nicht betroffen fühlen“, so Reul. Aus diesem Grund sei es wichtig, den Schülern klar zu machen, dass Politik sie im Kleinen wie im Großen betreffe. Die Otto-Hahn-Schule versuche, Politik für die Schüler so oft wie möglich begreifbar zu machen. Dies geschieht zum Beispiel durch den direkten Kontakt mit Politikern, die in die Schule kommen und mit den Schülern diskutieren. Auch Exkursionen in den Landtag nach Wiesbaden und die Teilnahme am Wettbewerb „Jugend debattiert“ gehören dazu.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil sei laut Reul „die Erfahrung, mitzubestimmen und Demokratie zu erleben“. Die Otto-Hahn-Schule gibt den Schülern vielfältige Möglichkeiten zur Partizipation: So können die Schüler durch die AG „Zivilcourage gegen Gewalt“ oder das Projekt „Nawi macht Spaß“, bei dem Schüler der Oberstufe mit Grundschulern arbeiten, aktiv ihre eigene Schule mitgestalten.

Auch die Hohe Landesschule versucht das politische Engagement der Schüler zu fördern. Wie bei der Otto-Hahn-Schule gibt es Exkursionen in den Landtag, aber auch in den Bundestag, ins europäische Parlament und sogar zur Uno in New York. Darüber hinaus bietet die Hola auch eine Uno-AG an, die sich mit den Vereinten Nationen be-

schäftigt. Außerdem bereiten die Schüler dort die Teilnahme an Uno-Simulationen in Deutschland oder an Weltchülerkonferenzen der Internationalen Schule der Vereinten Nationen in New York vor. Stefan Prochnow, Leiter des gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichs an der Hola, sagt, das er nicht bestätigen könne, dass das politische Interesse oder die Kenntnisse der Schüler in den letzten Jahren nachgelassen hätten. „Ältere Kollegen sind jedoch mitunter der Auffassung, dass die Jugend in der 70er Jahren 'politischer' gewesen sei, mehr zu Diskussionen neigte, und weniger bereit war, Traditionen oder Rahmenbedingungen zu akzeptieren.“

Die Anzahl der Politik- und Wirtschaftsleistungskurse zeige jedoch, dass immer noch relativ viele Schüler am politischen Geschehen interessiert seien. „In der Jahrgangsstufe 13 gibt es einen Leistungskurs Politik und Wirtschaft mit 16 Schülern und in der Eingangsstufe, die G9- und G8-Schüler gemeinsam besuchen, zwei Leistungskurse mit insgesamt 25 Schülern“, weiß Prochnow. Die Wahl dieses Leistungskurses sei deswegen bemerkenswert, weil das Fach in der 13. Jahrgangsstufe nicht mehr verbindlich sei und sich die Schüler mit der Wahl von Politik und Wirtschaft zusätzliche Stunden aufbürden würden. Auch die Teilnahme der Schüler am Debattierclub, an Planspielen und an der Polit-AG spreche für das politische Engagement der Jugendlichen.

Zeitung/Zeitschrift

Hanauer Anzeiger Hanauer Bote HANAU POST Offenbach Post GNZ

Frankfurter Rundschau Sonstige: _____

Artikel vom (Datum): 22.09.2009 Seite: 4 Redakteur: _____